

Auf das Duraduct warten noch einige Hürden

Die Fussgänger- und Velobrücke über das Mühlental, das Duraduct, soll dereinst die Breite und den Geissberg verbinden. Gestern kündigte der Stadtrat einen Wettbewerb für ein konkretes Projekt an. Mit dem geschätzt 10 Millionen Franken teuren Bau wird frühestens 2023 begonnen.

Dario Muffler

Rund 280 Meter lang dürfte sie werden und sich knapp 50 Meter über dem Grund des Mühlentals befinden: das Duraduct, eine Brücke für Fussgänger und Velos, welche die Stadtquartiere Breite und Geissberg verbinden sowie das Mühlental mit einem Lift erschliessen soll. Gestern präsentierte der Stadtrat sein weiteres Vorgehen in einer Planungskreditvorlage. Bis die Brücke aber gebaut wird, werden noch einige Jahre vergehen: Gemäss der präsentierten Vorlage soll die Brücke frühestens Ende 2024 in Betrieb genommen werden.

Mit der nun präsentierten Vorlage beantragt der Stadtrat einen Planungskredit in der Höhe von 680 000 Franken. Damit soll ein öffentlicher, zweistufiger Planerwettbewerb lanciert sowie durch das Siegerteam das definitive Bauprojekt ausgearbeitet werden. Der Grund für die Durchführung eines Wettbewerbs seien die hohen Anforderungen aus technischer und gestalterischer Sicht. Die Grobkosten für das Duraduct werden aktuell auf 9,5 Millionen Franken geschätzt. Die Kostengenauigkeit liegt bei plus/minus 30 Prozent. Der Bund beteiligt sich mit 1,7 Millionen Franken, weil das Projekt 2007 ins Agglomerationsprogramm aufgenommen wurde. Die restlichen 7,8 Millionen Franken werden von Stadt und Kanton je hälftig bezahlt.

Studie von 2010 aktualisiert

Dass das Projekt für eine längere Zeit in der Schublade verschwand, sei auf verschiedene Gründe zurückzuführen, sagte Baureferentin Katrin Bernath gestern. Dazu zählen etwa Personalwechsel in der Verwaltung und höher priorisierte Projekte. Nachdem bereits Jahrzehnte über die Idee einer Brücke über das Mühlental diskutiert wurde, erarbeitete die Stadt 2009 und 2010 mit einem Ingenieurbüro eine Machbarkeitsstudie. Diese wurde 2017 wieder aufgenommen und aktualisiert.

Die Stadt kommt zum Schluss, dass unter drei zur Verfügung stehenden Varianten zur Überquerung des Mühlentals die Variante «Mitte» die beste ist. Sie führt unmittelbar an den Hochhäusern des Bauprojekts «Werk 1» vorbei. Mit der Bauherr-



schaft stehe man im engen Kontakt. Das westliche Ende befindet sich bei der Gartenstrasse, das östliche beim Weinsteig.

Eine Herausforderung bei der Realisierung könnte die Diskussion mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sein. Das Ziel der Stadt: Die Flächen Privater möglichst nicht beanspruchen. Es dürfte aber Grundstückbesitzer geben, die etwas Land abtreten müssen. «Wir wollen die Leute von Beginn weg miteinbeziehen und so einvernehmliche Lösungen finden», sagte Rolf Armbruster, Abteilungsleiter Tiefbauten. Die äusserste Massnahme wäre eine Enteignung. Davon möchte die Stadt aber noch nicht sprechen. Zuerst brauche es den politischen und demokratischen Wil-

Der Blick vom Geissberg in Richtung Breite: An dieser Stelle beim Weinsteig soll das Duraduct enden.

BILD FLAVIA GROSSENBACHER



Ein Interview mit Stadträtin Katrin Bernath unter www.shn.ch/click

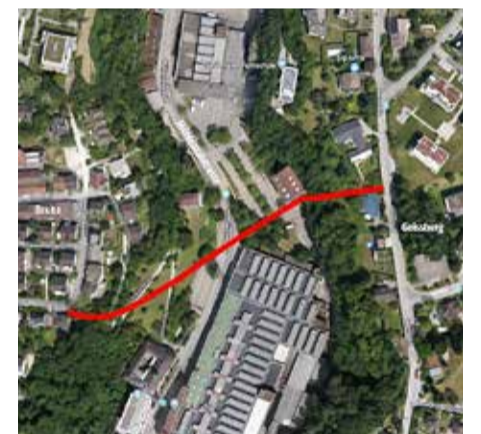
len, das Projekt umzusetzen. «Die Rückmeldungen aus den Quartiervereinen sind grundsätzlich positiv», so Bernath. «Kritische Stimmen gibt es im überbauten Gebiet aber immer», räumt Armbruster ein. Stimmt das Parlament dem Planungskredit und anschliessend dem Investitionskredit zu, soll es gemäss Zeitplan der Stadt im November 2022 zur Volksabstimmung kommen.

Bereits für verwaltungsinterne Diskussionen gesorgt habe die Breite der Brücke, wie Armbruster sagte. «Die Breite ist ein Kostentreiber: je breiter, desto teurer.» Schliesslich habe man sich auf eine Breite von drei Metern geeinigt. «Das ist nicht das Minimum, aber eine etwas breitere Spur wäre wünschenswert», sagte er.

Pro Velo lobt Schritt in eine gute Richtung

Erfreut reagiert hat Pro Velo Schaffhausen auf die Vorlage des Stadtrats. Nun gehe es vorwärts beim Duraduct, schreibt die Organisation in einer Mitteilung. «15 Jahre nach dem Lancieren dieser Idee soll es also konkret werden. Ein Projekt für den Langsamverkehr, das viele Verbindungen entspannen kann», schreibt Beat Steinacher, Co-Präsident von Pro Velo.

Weiter weist Steinacher auf ein Postulat von Grossstadtrat Stefan Marti (SP) hin. Dieses wurde am Dienstag vom Parlament überwiesen. Es fordert, dass sich der Veloanteil in der Stadt in den nächsten zehn Jahren verdoppeln soll. «Dafür ist eine gute Veloinfrastruktur unumgänglich. Das Duraduct wäre ein grosser Schritt in die richtige Richtung», so Pro Velo. «Wenn der Autoverkehr innerhalb der Stadt nicht noch mehr wachsen soll, müssen genau solche Alternativen angeboten werden: sicher, schnell, umweltfreundlich und entspannt für jung bis alt.» (dmu)



Die Brücke (rote Linie) verbindet Geissberg und Breite. SCREENSHOT GOOGLE

Werkhof-Abstimmung: Hotz geht vor Obergericht

Am Dienstag wurde bekannt, dass der Schaffhauser Regierungsrat nicht auf die Abstimmungsbeschwerde von Walter Hotz (SVP) eintritt. Er hatte verlangt, dass die städtische Volksabstimmung über den Zusatzkredit für den Werkhof von SH Power im Schweizerbild abgesetzt wird. Hotz hatte kritisiert, es werde zu Unrecht nur über einen Zusatzkredit abgestimmt. Den Stimmberechtigten hätte der gesamte Kredit über den Werkhof zur Abstimmung unterbreitet werden müssen.

Der Regierungsrat war nicht auf die Beschwerde eingetreten, weil diese zu spät eingereicht worden sei. Der von Hotz kritisierte Mangel, dass lediglich ein Zusatzkredit zur Abstimmung kommt, hat seinen Ursprung in einem Beschluss des Grossen Stadtrates vom 20. August. Dieser wurde am Tag darauf rechtswirksam publiziert und gilt seither als bekannt. Auch inhaltlich hatte der Regierungsrat die Beschwerde zurückgewiesen, da an den wesentlichen Elementen des Projekts mit dem Zusatzkredit nichts geändert worden sei. Es bleibe weiterhin das Ziel, einen neuen Werkhofes an einem anderen Standort zu bauen. Die Frage, ob das neue Gebäude als Holz- oder Massivbau erstellt werde, sei dagegen nicht zentral.

Wie Walter Hotz nun mitteilt, akzeptiert er den Entscheid des Regierungsrates nicht. Er will den Fall weiterziehen. Dafür wird er am Montag Verwaltungs-

gerichtsbeschwerde beim Obergericht erheben.

Vier Kritikpunkte

Hotz nennt vier Punkte, die ihn zum Weiterzug bewegen. Erstens sei die Begründung für das Nichteintreten des Regierungsrats nicht zutreffend: Er habe erst mit dem Erhalt des Abstimmungsbüchleins von dem Zusatzkredit erfahren und nicht schon beim Parlamentsentscheid. Auch habe er an einer Parteiversammlung, welche der Regierungsrat in seiner Begründung erwähnt, gar nicht teilgenommen.

Zweitens sei die Frage, ob der Werkhof als Holz- oder Massivbau erstellt wird, durchaus wesentlich. «Darauf ist der Regierungsrat gar nicht eingegangen», sagt er. Dabei habe diese Frage zur Stimmfreigabe der Grünen beigetragen. Drittens findet Hotz, das Amt für Justiz und Gemeinden spiele eine problematische Doppelrolle: Es habe für den Stadtrat abgeklärt, ob die Abstimmung nur über einen Zusatzkredit möglich sei, und habe wohl auch den Beschluss des Regierungsrats verfasst, sagt Hotz.

Viertens kritisiert er, der Beschluss des Regierungsrats sei nicht von einem Mitglied der Regierung unterschrieben worden, sondern von Staatsschreiber Stefan Bilger.

Die Volksabstimmung wird am Sonntag trotz des Weiterzugs wie geplant durchgeführt. (dj)

Palliativ-Fachkräfte vernetzen sich

Gestern haben sich verschiedene Fachkräfte, die unheilbar Kranke bis an ihr Lebensende begleiten, zusammengefunden. Es gibt nun Spezialeinrichtungen, die eine Verbesserung der Betreuung ermöglichen.

Elena Stojkova

Eine Frau, nicht viel älter als 60, hat Bauchspeicheldrüsenkrebs. Von Anfang an lehnt sie eine Chemotherapie ab, hat die Hoffnung, den Krebs mit natürlichen Methoden besiegen zu können. Ihre Schmerzen werden immer schlimmer – Morphium lehnt sie jedoch ab. Einzig einer Behandlung mit THC stimmt sie zu, einer Substanz, die in Hanfpflanzen vorkommt. In der Schweiz muss dafür vom Arzt eine patientenspezifische Ausnahmebewilligung beim Bundesamt für Gesundheit beantragt werden. Die Frau spricht mit diversen Fachpersonen, ohne dass diese voneinander wissen: Sie schlagen ihr kurz vor ihrem Tod verschiedene Medikationen und Vorgehensweisen vor. Dieser Fall hat sich im letzten Jahr im Klettgau zugetragen. Was hätte man besser machen können?

Gestern haben sich verschiedene Fachpersonen zu einer Palliativ-Netzwerktagung im Alterszentrum Schönbühl getroffen. Der grosse Saal war bis zum letzten Stuhl gefüllt: Pflegefachpersonen, Ärzte, Seelsorger, Rettungs-sanitäter, Apotheker, Freiwillige und weitere Personen, die unheilbar Kranke betreuen und begleiten, fanden zusammen.

Der Anlass: Der Kanton Schaffhausen hatte im Februar Gelder für die Einrichtung spezialisierter Expertenteams

gesprochen. Dies sind der Mobile Palliative Care Dienst der spitalexternen Onkologiepflege, der die Heime und ambulante Versorgung zu Hause unterstützt, und der Palliativ-Konsiliardienst der Spitäler Schaffhausen. Auch das Sterbehospiz im Kompetenzzentrum für Lebensqualität Schönbühl mit zwei Betten gehört dazu – es ist die erste solche Einrichtung in Schaffhausen. Seit 1. Oktober stehen diese Dienste bereit, gesprochen wurden die Gelder für eine Pilotphase von drei Jahren.

Jeder hat seine Rolle

Nun gilt es für jede der Fachpersonen, ihre Rolle im System der Palliativversorgung zu finden. Das Ziel ist eine Zusammenarbeit. Zu wissen, wo man sich Unterstützung holen kann, wenn die Grundversorgung – das heisst, Spitäler, Heime, Spitex, Ärzte – nicht mehr reicht. «Pro Jahr sterben im Kanton Schaffhausen etwa 750 Menschen – 100 davon stellen die Fachkräfte vor grössere Herausforderungen», sagte Regierungsrat Walter Vogelsanger, der die Teilnehmenden an der Tagung begrüsst. Auch eine Verbesserung der Begleitung dieser schwierigen Krankheitsfälle solle nun möglich werden.

Wichtig sei eine Zusammenarbeit über Schnittstellen hinweg, sagte Ingrid Hosch. Sie hat das Palliativkonzept des Kantons miterarbeitet, mit einer grossen Gruppe von Fachpersonen,

die verschiedene Anliegen eingebracht haben.

Schritt eins sei, Palliativpatienten rechtzeitig zu erkennen. «Wäre ich überrascht, wenn der Patient oder die Patientin in den nächsten zwölf Monaten sterben würde?» Kann diese Frage mit Nein beantwortet werden, ist die Person wahrscheinlich ein Palliativpatient, sagte Hosch. Für diese hätten die Fachpersonen eine gemeinsame Verantwortung. «Hierarchie hat keinen Platz.»

An realen Beispielen, die sich in Schaffhausen zugetragen haben, besprachen die Teilnehmer, was sie heute, mit einem breiten Netzwerk von Personen, die sich in der Palliativversorgung auskennen, anders machen würden.

Kommunikation wichtig

Im Fall der Frau, die an Bauchspeicheldrüsenkrebs litt, waren sich viele einig: Es wäre wichtig gewesen, dass sich die Fachpersonen, die die Schwerkranken betreuen, zusammengesetzt hätten. In solchen Fällen gehe es nicht mehr nur um die Krankheit. Sondern um Schmerzlinderung, um das soziale Umfeld, um die Autonomie der Kranken, um Ängste. Um Einsamkeit. Um den Wunsch, zu Hause zu sterben. Um das Leben kurz vor dem Sterben. Mit einem Netzwerk sei es möglich abzuschätzen, was man selbst be- und verantworten und was man abgeben kann.